

# VERGABEUNTERLAGEN

2026CLA000003

Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung (Korrektur)

## AUFTRAGGEBER

Zentrale Vergabestelle im Bayerischen Landesamt für Steuern  
Sophienstraße 6, 80333 München, Deutschland

---

22.06.2026

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
Angebotsaufforderung .....	3
Eigenerklärung .....	4
Eigenerklärung .....	4
Struktur Bieter .....	6
1. Angaben zur Struktur .....	6
2. Angaben zu Unterauftragnehmern .....	6
3. Angaben zur Eignungsleihe .....	7
4. Angaben zur Bietergemeinschaft .....	7
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft .....	7
4.2. Bevollmächtigter Vertreter .....	7
Bewerbungsbedingungen EU .....	8
Bewerbungsbedingungen .....	8
1. Angebotsabgabe .....	8
1.1. Fristen .....	8
1.2. Form und Übermittlung .....	8
1.2.1. Textform .....	9
1.3. Weitere Vorgaben .....	9
1.3.1. Angebot .....	9
1.3.2. Nachweise .....	10
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen .....	11
3. Besondere Beteiligungsformen: .....	12
3.1. Unterauftragnehmer .....	12
3.2. Bietergemeinschaften .....	13
3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen .....	13
4. Abschluss des Vergabeverfahrens .....	14
5. Nachprüfungsverfahren .....	14
6. Kommunikation im Vergabeverfahren .....	15
Ergänzende Bewerbungsbedingungen .....	16
Ergänzende Bewerbungsbedingungen .....	16
1. Gegenstand der Auftragsvergabe .....	16
2. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots .....	16
3. Mindestanforderungen/ Ausschlusskriterien .....	17
3.1 Leistungsbeschreibung .....	17
3.3 Kuvertiertest (1 Mio. Stück ... Muster) .....	17
4. Unterauftragnehmer .....	18
Eigenerklärung RUS .....	19

Eigenerklärung russische Unternehmen .....	19
Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2 .....	21
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher .....	22
Eigenerklärung .....	22
Geheimhaltungserklärung .....	25
Rahmenvereinbarung.....	28
1. Allgemeines.....	29
2. Leistungsgegenstand .....	29
3. Bestandteile der Rahmenvereinbarung.....	29
4. Laufzeit der Rahmenvereinbarung .....	29
5. Leistungsumfang.....	30
5.1. Teillieferungen.....	30
5.2. Dauervorrat .....	30
6. Lieferbedingungen.....	30
7. Lieferanschrift und -zeiten .....	31
8. Preise, Rechnungsstellung.....	31
8.1 Allgemeine Regelungen .....	31
8.2 Vergütung Dauervorrat.....	32
8.3 Vergütung verifizierende Teststellung .....	32
9. Preisanpassungen.....	32
10. Gewährleistungsrecht.....	32
11. Sonderkündigungsrecht .....	33
12. Lieferverzug.....	33
13. Ansprechpartner .....	34
14. Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer .....	34
15. Zutrittsrechte .....	34
16. Aufrechnung .....	34
1. ....	35
17. Abtretung.....	35
18. Zurückbehaltungsrechte .....	35
19. Schriftform .....	35
20. Nachhaltigkeit, Umweltschutz .....	35
1. ....	35
21. Gerichtsstand .....	35
1. ....	36
22. Anzuwendendes Recht .....	36
23. Salvatorische Klausel .....	36
Leistungsbeschreibung .....	37
1 Allgemeines.....	39
2 Gegenstand der Beschaffung.....	39
3 Beschreibung der Leistungsinhalte .....	39
4 Lieferbedingungen.....	42

4.1 Lieferung auf Abruf .....	42
4.2 Sonstige Lieferbedingungen.....	43
4.3 Lieferanschrift.....	43
4.4 Lieferzeiten .....	43
Produkte/Leistungen .....	44
Eignungskriterien.....	48
Leistungskriterien .....	52
Anlagen .....	53

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	2026CLA000003
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum
Auftragsbeschreibung	Zur maschinellen Kuvertierung und Versendung des täglichen Druckoutputs im DVZ werden 60.000.000 Kuvertierhüllen in 2 Jahren benötigt. Das Verfahren wird über eine Rahmenvereinbarung vergeben mit einer Laufzeit von 2 Jahren. Die Rahmenvereinbarung kann jeweils um ein weiteres Jahr verlängert, die maximale Laufzeit beträgt somit 4 Jahre.

## ALLGEMEINES

### VERFAHREN

Auftraggeber	Zentrale Vergabestelle im Bayerischen Landesamt für Steuern
Liefer-/Ausführungsort	90489 Nürnberg
Leistungsart	Lieferleistung
Vertragsart	Kaufvertrag
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VgV)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>30199711-7</td><td>Bedruckte Briefumschläge mit Fenster</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	30199711-7	Bedruckte Briefumschläge mit Fenster
Code	Bezeichnung				
30199711-7	Bedruckte Briefumschläge mit Fenster				

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="https://www.auftraege.bayern.de">https://www.auftraege.bayern.de</a>
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	20.05.2026
Vorinformation	

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	02.07.2026 11:00
Angebotsfrist	09.07.2026 11:00:00
Bindefrist	30.12.2026
Versand Vorabinformation	15.09.2026

### AUFTRAGSDAUER

Beginn	
Ende	
Anmerkungen	

# DATENSCHUTZ

## DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name	Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r des BayLfSt
Anschrift	Krelingstraße 50, 90408 Nürnberg
Telefon	+49 9119911004
E-Mail	datenschutz@lfst.bayern.de

## DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name	Bayerisches Landesamt für Steuern
Anschrift	Sophienstraße 6, 80333 München
Telefon	+49 8999910
E-Mail	info-eVergabe@lfst.bayern.de

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

### BROWSEEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

## KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: 2026CLA000003

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2064

Projektname: Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Angebotsfrist: 09.07.2026 11:00:00

voraussichtliche Ausführungsfrist:

Beginn:

Ende:

E-Mail: ausschreibung@lfst.bayern.de

Datum: 22.06.2026

## Aufforderung zur Angebotsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter [www.auftraege.bayern.de](http://www.auftraege.bayern.de) hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, ein Angebot abzugeben.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist das Angebot in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal [www.auftraege.bayern.de](http://www.auftraege.bayern.de) einzureichen.

Wir würden uns über ein Angebot Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Carina Lades-Echarri

Projekt-Nr.: 2026CLA000003

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2064

Projektname: Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

Firmenbezeichnung und -anschrift

## Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
  - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
  - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.



- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026CLA000003

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2064

Projektname: Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

## Darstellung der Struktur des Bieters

### 1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

### 2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	------------------------------	---


### 3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---


Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

### 4. Angaben zur Bietergemeinschaft

#### 4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---


#### 4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--

Projekt-Nr.: 2026CLA000003

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2064

Projektname: Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

## **Bewerbungsbedingungen**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### **1. Angebotsabgabe**

#### **1.1. Fristen**

Die **Angebotsfrist** endet am 09.07.2026 um 11:00:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Angebots durch den Bieter ist nur bis zum Ablauf dieser Angebotsfrist zulässig.

Der öffentliche Auftraggeber wird den Zuschlag spätestens am 30.12.2026 erteilen.

Der Bieter ist bis dahin an sein eingereichtes Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die **Frist für Bieterfragen** endet am 02.07.2026 11:00 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

#### **1.2. Form und Übermittlung**

Die Abgabe des Angebots hat unter Verwendung elektronischer Mittel zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabeplattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten:

#### **1.2.1. Textform**

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“.

### **1.3. Weitere Vorgaben**

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

#### **1.3.1. Angebot**

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig.

Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Angebot beigelegte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Die Rügeobliegenheit nach § 160 Abs. 3 GWB bleibt unberührt.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

### **1.3.2. Nachweise**

Bei Beauftragung eines Dritten ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigelegt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

## **2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen**

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigelegte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

### **3. Besondere Beteiligungsformen:**

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

#### **3.1. Unterauftragnehmer**

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

**Unterauftragnehmer** ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Lieferleistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.



### 3.2. Bietergemeinschaften

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bietergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen einer Ausschreibung ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

### 3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

#### **4. Abschluss des Vergabeverfahrens**

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

#### **5. Nachprüfungsverfahren**

Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern.

Ein Antrag auf Nachprüfung nach §§ 160 ff. GWB ist schriftlich zu stellen und an die  
Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern  
Maximilianstr. 39, 80539 München

zu richten.

Die gesetzliche Frist für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags richten sich nach § 160 Abs. 3 GWB, wonach der Antrag unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Für Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben (§ 182 GWB).

Für das Vergabeverfahren gilt deutsches Recht.

## **6. Kommunikation im Vergabeverfahren**

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

**Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.**

**Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.**

**Ergänzende Bewerbungsbedingungen  
zur Rahmenvereinbarung für die Beschaffung von Kuverts für das Druck- und  
Versandzentrum**

**1. Gegenstand der Auftragsvergabe**

Das Bayerische Landesamt für Steuern (BayLfSt, Auftraggeber (AG)) beschafft über eine Rahmenvereinbarung für das Druck- und Versandzentrum insgesamt geschätzte 60.000.000 Stück Kuverts.

Die Rahmenvereinbarung läuft zunächst zwei Jahre und verlängert sich ohne Zutun der beiden Parteien zweimal um ein Jahr (insgesamt „2+1+1“), es sei denn, der AG widerspricht der Verlängerung spätestens drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf der Laufzeit (max. Laufzeit 4 Jahre).

Zu weiteren Details und Inhalten wird auf die gesonderten Anlagen „Leistungsbeschreibung“ und „Rahmenvereinbarung“ verwiesen.

**2. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots**

Der Zuschlag wird auf Grundlage der Angaben in den Vergabeunterlagen auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Das wirtschaftlichste Angebot wird bei **reiner Preiswertung** durch das niedrigste Angebot bestimmt, das sämtliche Mindestanforderungen erfüllt (Hinweis dazu auf die gesonderte Anlage „Leistungsbeschreibung“ und das Leistungsverzeichnis in den Vergabeunterlagen).

Bei Bietern aus dem EU-Ausland gilt als Brutto-Angebotspreis, der Nettopreis inkl. der Einfuhrumsatzsteuer nach deutschem Umsatzsteuergesetz.

Es sind daher bitte **keine** unzulässigen Änderungen des Umsatzsteuersatzes im Arbeitsschritt „Produkte/ Leistungen“ vorzunehmen.

Hierbei würde es sich um eine Abänderung der Vergabeunterlagen handeln, die zum Ausschluss führen würde, auch wenn der Eintrag nicht bewusst erfolgte.

Sollten Bieter aus dem EU-Ausland teilnehmen, wird bei der Angebotswertung der Netto-Angebotspreis berücksichtigt, um die Vergleichbarkeit der Angebote herzustellen.

### 3. Mindestanforderungen/ Ausschlusskriterien

#### 3.1 Leistungsbeschreibung

Die angebotenen Kuverts müssen zwingend sämtlichen Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen (Hinweis dazu auf die gesonderte Anlage „Leistungsbeschreibung“, in den Vergabeunterlagen unter „Vertragsbedingungen/ Formulare“).

Es gibt keinen Verhandlungs- oder Ermessensspielraum.

#### 3.3 Kuvertiertest (1 Mio. Stück – Muster)

Nach Auswertung der Angebote wird **der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu einem Kuvertiertest** aufgefordert (verifizierende Teststellung).

Nur **nach entsprechender schriftlicher Aufforderung** – vsl. in der 32. KW 2026 - sind die 1 Mio. Kuverts innerhalb von 6 Wochen (Mo - Do) an den AG zu liefern.

Der genaue Liefertermin wird in der schriftlichen Aufforderung zur Teststellung voraussichtlich in der 28. KW bekannt gegeben.

Lieferanschrift:

Bayerisches Landesamt für Steuern  
Dienststelle Nürnberg  
Zeißstraße 8  
90489 Nürnberg

Für die weiteren Lieferbedingungen wird auf die entsprechenden Inhalte der „Leistungsbeschreibung“ verwiesen.

Beim AG erfolgt der Test des angebotenen Rollenpapiers im laufenden Betrieb des Druck-, Versand und Logistikzentrums.

Der – mindestens 1-wöchige - Test muss vollkommen störungsfrei ablaufen.

Die Testergebnisse werden seitens des AG dokumentiert.

Durch den Druck- und Kuvertiertest verbrauchte Kuverts werden zum Angebotspreis gegen Rechnungsstellung vergütet.

Nebenkosten wie z.B. Lieferkosten, Verpackungsmaterial und Abholung sind durch die Vergütung abgegolten. Weitere Kosten können nicht geltend gemacht werden.

Bieter, die zur Teststellung aufgefordert wurden und nicht, nicht frist- oder mengengerecht teilnehmen oder die Teststellung verweigern, werden von der weiteren Wertung und vom Verfahren ausgeschlossen.

Gleiches gilt bei einem festgestellten negativen Testergebnis (nicht reibungs- und störungsfreiem Testlauf).

Ein Anspruch auf Teststellung besteht seitens des Bieters nicht.

Nach Abschluss der Teststellung erfolgt die Bezuschlagung auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot (Hinweis auf Tz. 2).

#### **4. Unterauftragnehmer**

Ergänzend zu den Regelungen in den Bewerbungsbedingungen gilt für den Einsatz von Unterauftragnehmern/ Drittfirmen Folgendes:

Eine Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen ist grundsätzlich nur auf solche Unterauftragnehmer möglich, die im Rahmen der Ausschreibung auf der Anlage „Struktur Bieter“ benannt wurden.

In diesem Fall ist mit der Angebotsabgabe von jedem vorgesehenen Unterauftragnehmer die Anlage „Eigenerklärung“ sowie die Anlage „Verpflichtungserklärung andere Unternehmen“ unterschrieben und mit Firmensiegel versehen vorzulegen.

Projekt-Nr.: 2026CLA000003

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2064

Projektname: Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

Firmenbezeichnung und -anschrift

## Eigenerklärung russische Unternehmen

mit Angebots- / Teilnahmeantragsabgabe erklärt der Angebotsersteller, bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter Folgendes:

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,
  - a. durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,
  - b. durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
  - c. durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und / oder b zutrifft.

2. Es wird bestätigt, dass die am Auftrag beteiligten **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.



**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23  
der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
  - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
  - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
  - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
  - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
  - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Projekt-Nr.: 2026CLA000003

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2064

Projektname: Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

Firmenbezeichnung und –anschrift  
des Unterauftragnehmers oder Eignungsverleiher

## Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
  - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.

- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

## Geheimhaltungsvereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

und

dem Bieter, der im Vergabeverfahren mit der Projekt-Nr. 2026CLA000002 den Zuschlag erhalten hat

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung in Bezug auf die Projekt-Nr. 2026CLA000002;

Az.: H 1620.2.1-2064; BA\_0349\_2026 geschlossen:

1. Die Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und geheim zu halten, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Diese Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit gilt unabhängig davon, ob Informationen mündlich, elektronisch oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden. Die Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Erfüllung seiner Verpflichtung alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gemäß den aktuell geltenden Sicherheitsvorschriften (insb. der Vorgaben des BSI) zu löschen, es sei denn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen stehen dem entgegen oder der Auftraggeber verlangt, dass die vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht gelöscht werden. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt darüber hinaus nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
2. Vertrauliche Informationen sind alle Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind, unabhängig davon, ob sie schriftlich, elektronisch, mündlich, digital verkörpert oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden.
3. Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln. Insbesondere erklärt er, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen, bestehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.

4. Nr. 3 gilt nicht, soweit gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden.
  - 4.1 Besteht eine gesetzliche Offenlegungspflicht, hat der Auftragnehmer vor der Offenlegung den Auftraggeber über den Umfang der Offenlegung zu informieren. Der Umfang der Offenlegung ist dabei auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu beschränken.
  - 4.2 In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) vor Vertragsschluss hinzuweisen.
5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer muss jedoch ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
6. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Daher darf der Auftragnehmer die Informationen nur solchen Mitarbeitern zugänglich machen, die sie für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag benötigen. Diese Mitarbeiter sind in gleichem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten, und zwar auch für die Zeit nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Auftragnehmer, soweit dies rechtlich zulässig ist.
7. Etwaige weitergehende Pflichten des Auftragnehmers aus dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vom 18.04.2019 bleiben von der vorliegenden Vereinbarung unberührt.

## **Rahmenvereinbarung über den Kauf und die Lieferung von Fensterkuverts für DV Freistempelung**

Zwischen dem Freistaat Bayern,  
vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und  
für Heimat,  
vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern  
Sophienstr.6  
80333 München

- im Folgenden „**Auftraggeber**“ (AG) genannt -

und dem Bieter, der im Vergabeverfahren mit der Projekt-Nr.  
2026CLA000002 den Zuschlag erhalten hat

- im Folgenden „**Auftragnehmer**“ (AN) genannt -

wird folgende Vereinbarung geschlossen:



## **1. Allgemeines**

Der AG benötigt für das Druck- und Versandzentrum für einen Zeitraum von 2 Jahren geschätzte 60.000.000 Kuverts.

Dazu wird eine Rahmenvereinbarung mit Verlängerungsoption über zunächst zwei Jahre abgeschlossen, aus der bedarfsgerechte Mengen über Einzelaufträge abgerufen werden.

Die Beschaffung des geschätzten Gesamtbedarfs von 60.000.000 Kuverts für zwei Jahre erfolgt in einem Los.

Die Höchstabrufmenge unter Berücksichtigung der Optionen zu Laufzeit und Mehrbedarf beträgt insgesamt 140.000.000 Kuverts. Es besteht kein Abnahmeanspruch seitens des Käufers auf die angegebene Höchstmenge.

## **2. Leistungsgegenstand**

Gegenstand dieser Vereinbarung ist der Kauf und die Lieferung von Kuverts, die in Teillieferungen an den AG auszuliefern ist.

## **3. Bestandteile der Rahmenvereinbarung**

Die Rechte und Pflichten der Parteien, die Festlegung aller Leistungen sowie deren genaue Beschreibung ergeben sich vorrangig aus dieser Rahmenvereinbarung sowie weiteren nachfolgend dargestellten Bestandteilen. Diese sind in nachgeordneter Reihenfolge:

- a) die Vergabeunterlagen des Vergabeverfahrens mit der Projektnummer 2026CLA000002 (insbesondere die Leistungsbeschreibung, Ergänzende Bewerbungsbedingungen, Angaben Produkte/Leistungen) in der Form, die diese Unterlagen durch die Beantwortung etwaiger präzisierender oder abändernder Antworten auf Bieterfragen erhalten haben, und die Regelungen der vorstehenden Vereinbarung nur ausfüllen, aber nicht abändern können
- b) Geheimhaltungsvereinbarung
- c) das Angebot des AN einschl. dazugehöriger Anlagen
- d) die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung geltenden Fassung

Allgemeine oder besondere Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN sind ausgeschlossen und werden ausdrücklich nicht Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung.

## **4. Laufzeit der Rahmenvereinbarung**

Die Laufzeit der Vereinbarung umfasst zwei Jahre ab Zuschlag (Mindestlaufzeit).

Die Laufzeit verlängert sich ohne Zutun der beiden Parteien zweimal um ein Jahr (insgesamt „2+1+1“), es sei denn, der AG widerspricht der Verlängerung spätestens drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf der Laufzeit.

## 5. Leistungsumfang

### 5.1. Teillieferungen

Die Kuverts sind in Teillieferungen auf Abruf an den AG auszuliefern.

Die geschätzte Auftragsmenge beträgt 30.000.0000 Kuverts pro Laufzeitjahr.

Durch die Rahmenvereinbarung ist ein optionaler Mehrbedarf für z.B. Sonderaktionen i.H.v. 20 Prozent der geschätzten Jahresauftragsmenge gedeckt.

Für alle weiteren Details und Inhalte wird auf die Anlage "Leistungsbeschreibung" verwiesen.

### 5.2. Dauervorrat

Der AN hat spätestens ab der 38. KW 2026 für den AG mindestens 3.000.000 Kuverts permanent zum jederzeitigen Abruf auf Lager zu halten. Von diesem Vorrat sind im Bedarfsfall bis zu 1.000.000 Kuverts innerhalb von 48 Stunden nach Abruf an den AG zu liefern. Wurde aus diesem Bestand abgerufen, ist der Bestand innerhalb von 10 Werktagen wieder auf 3.000.000 Kuverts aufzufüllen.

## 6. Lieferbedingungen

Der geschätzte Jahresbedarf von 30.000.000 Kuverts erfolgt auf Abruf ca. zwei bis dreimal im Monat. Ein Abruf aus dem optionalen Mehrbedarf kann in Teilmengen von über oder unter 1.000.000 Kuverts erfolgen.

Die Einzelabrufe erfolgen schriftlich durch den AG und sind innerhalb von drei Werktagen (Mo – Fr) schriftlich unter Angabe eines voraussichtlichen Liefertermins durch den AN zu bestätigen.

Soweit nichts Abweichendes bei einem Einzelabruf vereinbart ist, gilt Folgendes:

- Der jeweilige Einzelauftrag ist innerhalb von 5 Werktagen (Mo – Do) ab Abruf auszuführen, soweit nichts Abweichendes vereinbart ist.
- Für Abrufe aus dem optionalen Mehrbedarf (siehe Tz. 5.1) ist ein Einzelauftrag innerhalb von 14 Werktagen (Mo – Do) ab Abruf auszuführen.
- Für Abrufe aus dem Dauervorrat (Tz. 5.2) sind im Bedarfsfall bis zu 1.000.000 Kuverts innerhalb von 48 Stunden nach Abruf zu liefern.

Die erste reguläre Lieferung muss spätestens in der **38. KW 2026** erfolgen. Der genaue Liefertermin wird nach dem Zuschlag zwischen dem AN und AG abgestimmt.

Die Lieferung muss bis hinter die erste abschließbare Tür des AG erfolgen, soweit nichts Abweichendes vereinbart ist.

Bei der Anlieferung ist eine Hebebühne erforderlich. Transportfahrzeuge ohne geeignete Entladevorrichtung können nicht abgefertigt werden. Die Einfahrt per Sattelzug nicht möglich.

Für jede Teillieferung hat der AN einen Lieferschein auszustellen und der Lieferung beizufügen.

Für die sichere Verpackung sind - soweit möglich - umweltfreundliche und für die stoffliche

Verwertung nicht belastende Materialien zu verwenden (z.B. Kartonagen). Folien und entbehrliche Umverpackungen sind - soweit möglich - weitestgehend zu vermeiden. Der AN hat auf Wunsch des AG leere Paletten und Verpackungsmaterial zurückzunehmen.

Für alle weiteren Details wird auf Tz. 4 der gesonderten „Leistungsbeschreibung“ verwiesen.

Die Lieferbedingungen sind bei einem möglichen Standortwechsel des Druck- und Versandzentrums anzupassen. Der neue Standort wird sich in Neumarkt in der Oberpfalz befinden.

## **7. Lieferanschrift und -zeiten**

Die jeweiligen Teil- und optionalen Sonderlieferungen sind an die folgende Adresse zu liefern:

**Bayerisches Landesamt für Steuern  
Dienststelle Nürnberg  
Zeißstraße 8  
90489 Nürnberg**

Die Anlieferung ist nur Mo. – Do. 08:00 – 12:00 Uhr, 13:00 – 15:00 Uhr möglich.

Eine Warenannahme am Freitag ist nicht möglich.

## **8. Preise, Rechnungsstellung**

### **8.1 Allgemeine Regelungen**

Die angebotenen Preise (siehe Angaben in „Produkte/Leistungen“) und die in Folge von späteren Preisanpassungen vereinbarten Preise sind pauschale Festpreise und bindend.

Mit den Preisen sind alle sonstigen Kosten (z.B. Lieferkosten, Versicherungskosten) im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung abgedeckt. Eine gesonderte Vergütung neben den vereinbarten Preisen erfolgt nicht, soweit in dieser Vereinbarung nichts Abweichendes bestimmt ist.

Für Lieferungen von Mengen, die nicht volle Millionen Kuverts umfassen, werden die Lieferkosten nach der angebotenen Pauschale gesondert abgerechnet und vergütet.

Die Kosten für Kuverts werden mit den jeweils zum Abruf gültigen Preisen abgerechnet und vergütet.

Die Vergütung wird nach Lieferung, Abnahme und gegen schriftliche Rechnungsstellung fällig. Das Vorliegen eines Lieferscheins beim AG ist Voraussetzung für die Fälligkeit der Vergütung.

Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Fälligkeit. Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes festgelegt ist, wird bei Zahlung innerhalb von 21 Tagen der angebotene Skontoabzug in Anspruch genommen.

Zahlungs- und Skontofristen beginnen mit dem Tag des Eingangs der ordnungsgemäßen Rechnungen beim AG, jedoch nicht vor dem Tag des vollständigen Eingangs der jeweiligen Lieferung am Erfüllungsort.

Die Rechnungsstellung und die Zahlung erfolgen in Euro.

Rechnungen sind elektronisch im pdf-Format mit der folgenden Rechnungsanschrift an den AG zu stellen:

**Bayerischen Landesamt für Steuern, Dienststelle Nürnberg, IuK24,  
Voigtländerstr. 7, 90489 Nürnberg**

Elektronischer Rechnungsversand an:

[LfSt-Z2.Invoice@lfst.bayern.de](mailto:LfSt-Z2.Invoice@lfst.bayern.de)

## **8.2 Vergütung Dauervorrat**

Die Lagerung des Dauervorrats (siehe Tz. 5.2) wird mit der vereinbarten Einzel-Pauschale (siehe Angabe in „Produkte/Leistungen“) für jeden angefangenen Monat vergütet. Die Abrechnung erfolgt halbjährlich.

## **8.3 Vergütung verifizierende Teststellung**

Die vorgenannten Regelungen gelten entsprechend für die zur verifizierenden Teststellung geforderte Kuvertlieferung (weitere Informationen siehe gesonderten Anlagen „Leistungsbeschreibung“ und „Ergänzende Bewerbungsbedingungen“).

# **9. Preisanpassungen**

Beide Parteien können alle 6 Monate nach der letztmaligen Preisanpassung eine Preisanpassung verlangen. Der AN kann auch eine Preisanpassung nach Lieferung der ersten 5.000.000 Kuverts aus dieser Rahmenvereinbarung verlangen.

Der Umfang der Preisanpassung bestimmt sich nach der Veränderung der Rohstoffkosten des ANs. Eine Preisanpassung ist danach zulässig, im Umfang der relativen (prozentualen) Änderung des Wertes aus dem Monat in dem die letztmalige Preisanpassung vereinbart wurde zu dem Wert des Monats, in dem die Preisanpassung verlangt wird. Falls noch keine Preisanpassung vereinbart wurde, gilt als Bezugspunkt der Monat des Zuschlags. Der AN hat dem AG die maßgeblichen Werte nachzuweisen.

Eine begründete Preisanpassung auf Initiative des AN wird nur wirksam, wenn der AG schriftlich zustimmt. Der AG wird einer Preisanpassung zustimmen, soweit keine haushalterischen Gründe entgegenstehen.

Eine rückwirkende Preisanpassung ist ausgeschlossen.

# **10. Gewährleistungsrecht**

Zur Geltendmachung des gesetzlich vorgesehenen Gewährleistungsrecht wird Folgendes zusätzlich vereinbart:

Folgende Papiereigenschaften gelten insbesondere als Sachmangel: Verklebungen, Fehlstanzen, Verarbeitungs- und Staubrückstände, Einschlüsse oder Farbrückstände, Risse und/oder nicht reibungsloser Durchlauf durch die Kuvertierung.

Als Nachweis dieser Mängel genügt eine Vorführung in der Produktionsanlage des AGs.

Eine Untersuchungs-/ Rügeobliegenheit des AG beschränkt sich auf Mängel, die nach Lieferung unter äußerlicher Begutachtung offen zutage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Verlust). Eine Rüge / Mängelanzeige gilt als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von sieben Kalendertagen beim AN eingeht.

Mangelhafte Lieferungen sind nach schriftlicher Anzeige und in Anspruchnahme der Gewährleistung des AG durch den AN (anteilig) kostenfrei innerhalb von 10 Arbeitstagen (Mo – Do) abzuholen und auszutauschen.

## **11. Sonderkündigungsrecht**

Unbeschadet der gesetzlichen Gründe, kann der AG die Rahmenvereinbarung aus wichtigem Grund außerordentlich kündigen.

Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls die Fortsetzung dieser Rahmenvereinbarung nicht zugemutet werden kann. Dies liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:

- a) mehr als fünfzigprozentiger Rückgang im Druckbedarf des AGs aufgrund der Umstellung auf das Versenden von papierlosen Steuerbescheiden und/oder Bezügemitteilungen infolge neuer rechtlicher Bestimmungen,
- b) Umzug des Druck- und Versandzentrums des AG an einen Ort außerhalb des Campus (Bayerisches Landesamt für Steuern Dienststelle Nürnberg Voigtländer Str. 9, 90489 Nürnberg) mit einhergehendem Technologiewechsel,
- c) eine ordnungsgemäße Abwicklung der Rahmenvereinbarung in Frage gestellt ist,
- d) einer der in § 8 VOL/B genannten Gründe vorliegt,
- e) wenn der AN in Verzug gerät und seine Liefer- oder Gewährleistungspflichten trotz angemessener Nachfrist innerhalb dieser nicht erfüllt oder
- f) die angegebene Höchstabrufrmenge erreicht ist.

Die Kündigung hat schriftlich unter Angabe des wichtigen Grundes erfolgen.

Die Kündigungsfrist beträgt 1 Monat.

## **12. Lieferverzug**

Kommt der AN seiner Lieferverpflichtung nicht oder nicht ausreichend innerhalb der ihm gesetzten Lieferfrist nach, so tritt automatisch Verzug ein, es sei denn, dass der AN die Verzögerung nicht zu vertreten hat oder etwas anderes vereinbart wurde. Zu vertreten hat der AN insbesondere die eigene Belieferung durch seine Lieferanten und dort eintretende Störungen und Verzögerungen in der Abwicklung (insbesondere Verzögerungen bei der Einfuhr inkl. der Zollabwicklung, dem internationalen Schiffsverkehr ohne eine besondere Krisensituation).

### **13. Ansprechpartner**

Der AN hat einen Ansprechpartner für die Laufzeit der Rahmenvereinbarung zu benennen, der für die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des AN sowie der Behebung von Leistungsstörungen verantwortlich und entsprechend entscheidungsbefugt ist. Dieser muss Montag bis Freitag von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr erreichbar sein. Änderungen während des Leistungszeitraumes sind dem AG rechtzeitig schriftlich mit den geänderten Daten mitzuteilen.

Die Kontaktdaten des zuständigen Ansprechpartners sind bereits mit der Angebotsabgabe zu benennen (Hinweis dazu auf „Leistungskriterien“).

### **14. Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer**

Der AN verpflichtet sich, bei der Leistungserbringung unter dieser Vereinbarung nur zuverlässiges und fachkundiges Personal einzusetzen, das für die Tätigkeit ausreichende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift besitzt.

Sollte der AN in Erfüllung seiner Leistungspflichten Subunternehmer beauftragen, so hat er sicherzustellen und zu gewährleisten, dass alle Rechte und Pflichten aus dieser Vereinbarung von dem Subunternehmer erfüllt und die geforderten Leistungen in Art, Weise und Umfang vollständig und mangelfrei erbracht werden.

Der AN darf zur Leistungserbringung Subunternehmer nur einsetzen oder eingesetzte Subunternehmer nur auswechseln, wenn der AG dem ausdrücklich vorab zustimmt. Die Zustimmung kann nicht aus sachwidrigen Gründen verweigert werden. Die Einarbeitung des neuen Subunternehmers erfolgt auf Kosten des AN. Für die im Angebot des AN benannten Subunternehmer gilt die Zustimmung des AG als erteilt.

Sollte bei Angebotsabgabe die Beteiligung von Subunternehmern bereits bekannt sein, ist für jedes beteiligte Unternehmen eine eigene Eigenerklärung und die als gesonderte Anlage beigefügte „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ zu unterschreiben und mit Firmensiegel versehen dem Angebot beizufügen.

### **15. Zutrittsrechte**

Den vom AN zur Leistungserbringung eingesetzten Personen ist das Betreten des Dienstgebäudes nur bei Erlaubnis durch das Personal des AG gestattet.

Alle vom AN zur geforderten Leistungsausführung eingesetzten Personen haben sich bei Bedarf und Verlangen des AG auszuweisen und die Zugehörigkeit zum AN nachzuweisen.

### **16. Aufrechnung**

Der Auftragnehmer kann gegenüber Ansprüchen des Auftraggebers mit Gegenforderungen nicht aufrechnen, wenn diese Forderungen nicht entweder rechtskräftig festgestellt oder vom

Auftraggeber unbestritten sind, es sei denn, die Gegenforderung und die aufgerechnete Hauptforderung sind synallagmatisch miteinander verknüpft.

## **17. Abtretung**

Die Abtretung von Forderungen des AN bedarf der schriftlichen Zustimmung des AG.

## **18. Zurückbehaltungsrechte**

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des AN sind ausgeschlossen, es sei denn, der AG bestreitet die zugrundeliegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

## **19. Schriftform**

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel selbst. Abweichend hiervon sind auch formlos getroffene Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung wirksam, wenn sie Individualvereinbarungen im Sinne von § 305 b BGB sind. Diese nachträglich getroffenen Änderungen/ Vereinbarungen sollen in Textform der Vereinbarung beigelegt werden.

Die Parteien sind sich einig, dass bis zum Zeitpunkt des Abschlusses keine in dieser schriftlich geschlossenen Vereinbarung nicht enthaltenen Zusagen gemacht und keine weiteren mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen getroffen worden sind.

Einseitige, gegenüber der anderen Partei abzugebende Erklärungen bedürfen der Textform.

## **20. Nachhaltigkeit, Umweltschutz**

Der AN verpflichtet sich, bei der Durchführung des Auftrages im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten umweltfreundliche Erzeugnisse und Verfahren bevorzugt einzusetzen.

## **21. Gerichtsstand**

Für alle Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung ist, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist, der Gerichtsstand München vereinbart.

## **22. Anzuwendendes Recht**

Auf diese Vereinbarung findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. UN-Kaufrecht kommt ausdrücklich nicht zur Anwendung.

## **23. Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Abschluss der Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit dieser Vereinbarung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame oder durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Parteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Rahmenvereinbarung als lückenhaft erweist.

Diese Rahmenvereinbarung ist auch ohne Unterschriften mit Zuschlagserteilung wirksam.





## Leistungsbeschreibung

Kauf und Lieferung von  
Fensterkuverts für DV Freistempelung  
BA\_0349\_2026

## INHALTSVERZEICHNIS

### 1 ALLGEMEINES

### 2 GEGENSTAND DER BESCHAFFUNG

### 3 BESCHREIBUNG DER LEISTUNGSINHALTE

### 4 LIEFERBEDINGUNGEN

#### 4.1 Lieferung auf Abruf

#### 4.2 Sonstige Lieferbedingungen

#### 4.3 Lieferanschrift

#### 4.4 Lieferzeiten

## 1 Allgemeines

Das Druck-, Versand und Logistikzentrum des Bayerischen Landesamts für Steuern (nachfolgend Auftraggeber bzw. AG genannt) deckt mit dem Druck, der Kuvertierung und dem Versand sämtlicher zentralen Ausdrucke der bayerischen Finanzämter ein umfangreiches Leistungsspektrum ab.

Neben der Steuerverwaltung druckt, kuvertiert und verschickt der Auftraggeber als Basisstrukturkomponente sämtliche Schreiben auch für diverse andere Kunden.

Dazu sind umfangreiche Kuvertbeschaffungen erforderlich.

## 2 Gegenstand der Beschaffung

Der AG benötigt für das Druck- und Versandzentrum für einen Zeitraum von 2 Jahren geschätzte 60.000.000 Fensterkuverts.

Die Laufzeit der Vereinbarung umfasst zwei Jahre ab Zuschlag (Mindestlaufzeit). Die Laufzeit verlängert sich ohne Zutun der beiden Parteien zweimal um ein Jahr (insgesamt „2+1+1“), es sei denn, der Auftraggeber widerspricht der Verlängerung spätestens drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf der Laufzeit.

Bedarfmengen werden über Teilabrufe gedeckt; dabei sind Teillieferungen über 1.000.000 Kuverts geplant.

Die Höchstabrufmenge für die Rahmenvereinbarung beträgt 60.000.000 Kuverts, unter Berücksichtigung möglicher Verlängerungen und eines Mehrbedarfs insgesamt 140.000.000 Kuverts.

Es besteht kein Abnahmeanspruch seitens der Auftragnehmer (AN) auf die angegebene Höchstmenge.

## 3 Beschreibung der Leistungsinhalte

Die Leistung ist wie folgt zu erbringen:

**Menge und Einheit:**

Insgesamt geschätzt 60.000.000 Kuverts für die Grundlaufzeit von 2 Jahren

	<b>Einzelabrufe</b>
	1.000.000 Kuverts / Abruf
	<b>Dauervorrat</b>
	Es sind 3.000.000 Kuverts für den AG zu bevorraten.
<b>Liefergegenstand:</b>	Fensterkuverts vollverklebt, mit innen liegenden Seitenklappen und mit einer schnell klebenden Gummierung versehener Verschlussklappe auf der Rückseite
<b>Maße, Ausführung:</b>	115 x 230 mm. Dieses Format darf nicht unterschritten werden. Schnitt entsprechend dem anzufordernden Muster.
<b>Papier:</b>	Recyclingpapier grau, 80g/m <sup>2</sup> , 60er Weiße (ISO 2469) Papier muss die Freigabe für die Kuvertiermaschinen Böwe Systec Turbo 154/155, 9G und Böwe Fusion Cross 874 haben, sowie für das HSW Postboxensystem PBS+
<b>Fenster:</b>	Folienfenster (Polystyrol) mit abgerundeten Ecken, dicht am Rand geklebt Größe: 50 x 90 mm Position: 15 mm von unten 20 mm von links
<b>Druckspezifikationen:</b>	Druck: Vorder-, Rückseite 1/1-farbig schwarz und Hinterfensterdruck sind dem anzufordernden Muster zu entnehmen. Die postalischen Vorschriften sind zu beachten.
<b>Weitere Papierspezifikationen:</b>	Zertifizierung nach „Der Blaue Engel“ oder vergleichbarem Zertifikat/Gütesiegel. Den Angeboten

sind Bescheinigungen der Hersteller von Papier und Klebstoffen beizufügen aus welchen hervorgeht, dass keine gesundheitsschädlichen Stoffe (z.B. Lösungsmittel, Formaldehyd usw.) enthalten sind.

Die Kuvert- und Papierqualität und die Aufbringung der verwendeten Klebstoffe müssen stets frei von Mängeln sein, so dass eine dauerhafte störungsfreie Produktion gewährleistet ist.

Die Aufzählung der in diesem Dokument genannten möglichen Mängel ist nicht abschließend.

Die Kuvert- und Papierqualität muss so beschaffen sein, dass dauerhaft ein störungsfreier Kuvertierprozess gewährleistet ist (Hinweis dazu auf die verifizierende Teststellung, u.a. im Leistungsverzeichnis der Vergabeunterlagen und in den „Ergänzenden Bewerbungsbedingungen“).

## Musterkuverts

**Nach Angebotsöffnung und gesonderter Aufforderung sind 1 Mio. Kuverts für einen Kuvertiertest entgeltlich an den AG zu liefern. Erst wenn dieser Test erfolgreich abgeschlossen wurde, kann der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erfolgen.**

Nach Abschluss des Verfahrens ist eine ordnungsgemäße Rechnungsstellung an den AG erforderlich.

Zu den weiteren Details und Lieferbedingungen, Fristen Hinweis u.a. auch auf die gesonderten Anlagen „Ergänzende Bewerbungsbedingungen“, die Inhalte im Leistungsverzeichnis („Produkte/Leistungen“) und den Leistungskriterien in den Vergabeunterlagen.

## Verpackung:

850 Stück in gelben Kunststoffboxen, Größe 1 der Deutschen Post AG. Auf Europaletten 12 Boxen übereinandergestapelt, 7 Stapel pro Palette.

Die Paletten sind mit Schrumpf- oder Stretch Folie einzuschweißen und mit Fabrikations- oder Kontrollzettel zu versehen und durch geeignete Maßnahmen vor Beschädigungen zu schützen.

## 4 Lieferbedingungen

### 4.1 Lieferung auf Abruf

Die Lieferung erfolgt auf Abruf in Teilmengen von jeweils 1.000.000 Kuverts.

Der Abruf erfolgt ca. zwei- bis dreimal im Monat.

Der jeweilige Einzelauftrag ist innerhalb von 5 Werktagen ab Abruf auszuführen (Mo – Do), soweit nichts Abweichendes vereinbart ist.

Ferner können Sonderaktionen des AG während der Laufzeit der Vereinbarung einen erhöhten bzw. zusätzlichen Abruf erfordern. Der genaue Umfang dieser Sonderaktionen ist vom AG vorab nicht genau bestimmbar. Er bewegt sich nach derzeitiger Schätzung in einem Umfang von voraussichtlich bis zu 20 Prozent des Jahresauftragsvolumens. Für Abrufe aus diesem optionalen Mehrbedarf ist ein Einzelauftrag innerhalb von 14 Werktagen ab Abruf auszuführen (Mo – Do), soweit nichts Abweichendes vereinbart ist. Ein Abruf aus dem optionalen Mehrbedarf kann in Teilmengen von über oder unter 1.000.000 Kuverts erfolgen.

Außerdem werden aus dem laufenden Kontrakt ca. vierteljährlich 1.000.000 Kuverts ohne Außen- und Innenaufdruck (ausgenommen Aufdruck „Der Blaue Engel“ oder vergleichbares Zertifikat/Gütesiegel) benötigt. Der Abruf erfolgt nach vorheriger Absprache.

Die erste Lieferung muss spätestens in der 38. KW 2026 erfolgen. Der genaue Liefertermin wird nach dem Zuschlag zwischen dem AN und AG abgestimmt.

Der AN hat spätestens ab der 38. KW 2026 für den AG mindestens 3.000.000 Kuverts permanent zum jederzeitigen Abruf auf Lager zu halten. Von diesem Vorrat sind im Bedarfsfall bis zu 1.000.000 Kuverts innerhalb von 48 Stunden nach Abruf an den AG zu liefern. Wurde aus diesem Bestand abgerufen, ist der Bestand innerhalb von 10 Werktagen wieder auf 3.000.000 Kuverts aufzufüllen.

Bei jeder Lieferung erfolgt eine sofortige Verarbeitung von ca. 20%. Bei auftretenden Fehlern bzw. Mängeln (z.B. Beschädigungen, Verklebungen, Fenster, Folie, etc.) ist die gesamte Lieferung innerhalb von 10 Tagen kostenfrei durch den AN abzuholen und auszutauschen. Sollte eine Laborprüfung der Kuverts nötig sein, sind die Kosten vom AN zu tragen.

Zu weiteren Details (z.B. zur *Abrechnung und Vergütung*) wird auf die *gesonderte Anlage „Rahmenvereinbarung“* verwiesen.

## 4.2 Sonstige Lieferbedingungen

Die Lieferung erfolgt frei Haus bis hinter die erste abschließbare Tür des Auftraggebers. Sie ist dann erfüllt, wenn die anzuliefernden Gegenstände in den Machtbereich des AG, also in dessen Gebäude, geliefert wurden.

Bei der Anlieferung ist ein LKW mit Hebebühne und Hubwagen erforderlich. Transportfahrzeuge ohne geeignete Entladevorrichtung können nicht abgefertigt werden. Aufgrund der gegebenen Örtlichkeit ist eine Anlieferung mit Sattelzug nicht möglich.

Die Inhaltsangabe ist auf einem bedruckten Etikett auf den Stirnseiten der Paletten anzubringen.

Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen.

## 4.3 Lieferanschrift

Die jeweiligen Lieferungen sind an die folgende Adresse zu liefern:

Bayerisches Landesamt für Steuern  
Dienststelle Nürnberg  
Zeißstraße 8  
90489 Nürnberg

## 4.4 Lieferzeiten

Die Anlieferung ist nur Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr, 13.00 – 15.00 Uhr möglich.

Eine Warenannahme am Freitag ist nicht möglich.

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

22.06.2026

Verfahren: 2026CLA000003 - Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

### Allgemeines

Das Bayerische Landesamt für Steuern (LfSt, Auftraggeber (AG)) benötigt für die nächsten zwei Jahre für das Druck- und Versandzentrum geschätzte 60.000.000 Stück Kuverts.

Die Bedarfsmengen werden über Teilabrufe von jeweils 1 Millionen Stück gedeckt.  
Hierdurch soll sichergestellt werden, dass mögliche Lieferengpässe oder Lieferverzögerungen des Auftragnehmers (AN) nicht zu einem Stillstand in der Kuvertierung des Auftraggebers (AG) führen.

Für weitere Details wird auf die als gesonderte Anlagen beigefügte "Leistungsbeschreibung" und die "Rahmenvereinbarungen" verwiesen.

### Leistungs- und Lieferungsumfang, Höchstwert

Der Gesamtbedarf wird auf 60.000.000 Stück Kuverts für die Grundlaufzeit von 2 Jahren geschätzt.

Es erfolgen grd. Teilabrufe über 1.000.000 Stück Kuvert 2 bis 3 Mal im Monat.

Die erste reguläre Lieferung muss spätestens in der 38. KW 2026 (14.08.-18.08.2026) erfolgen.

Der AN verpflichtet sich, stets eine zusätzliche Menge von weiteren 3.000.000 Stück Kuverts für den AG für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung vorzuhalten und zu bevorraten; von diesem "Dauervorrat" ist ohne weitere Kosten ein Menge von bis zu 1.000.000 Blatt Papier für einen sofortigen Abruf innerhalb von 48 Stunden an den AG auszuliefern.  
Bei einem Abruf ist die Menge entsprechend aufzufüllen.

Ein weiterer Mehrbedarf von bis zu 20% des geschätzten Gesamtbedarfs - insbesondere für noch nicht absehbare, aber zeitkritische, dringliche Projekte oder Sonderaktionen - ist durch die Rahmenvereinbarung abgedeckt.

Für die gesamte Laufzeit einschließlich der Verlängerungsoptionen (max. 4 Jahre) und optionalen Mehrbedarfe beträgt die



Höchstabrufmenge insgesamt 140.000.000 Stück Kuverts.

Für weitere Details wird auf die "Rahmenvereinbarung" hingewiesen unter "Vertragsbedingungen/ Formulare".

#### Angebotspreis

AN ist an seine Angebotspreise gebunden.

Für weitere Details zum Thema Preisanpassungen wird auf die Inhalte der "Rahmenvereinbarung" verwiesen.

1	Kuverts	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	60.000.000,00	Stück	..... pro 1.000,00 Stück	.....

Die Papierqualität muss so beschaffen sein, dass dauerhaft ein störungsfreier Kuvertierprozess gewährleistet ist, daher müssen alle geforderten Mindestkriterien erfüllt werden.

Für weitere Details Hinweis auf die gesonderte Anlage "Leistungsbeschreibung"

Fensterkuverts vollverklebt,  
mit innen liegenden Seitenklappen und  
mit einer schnell klebenden Gummierung versehener Verschlussklappe auf der  
Rückseite

---

2	Dauervorrat	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale(n)	..... pro 1,00 Pauschale(n)	.....

Für die während der gesamten Vertragslaufzeit vorzuhaltenden 3.000.000 Stück Kuverts sind Kosten wie z.B. für die Bereitstellung, Lagerung und bedarfsgerechte kurzfristige Lieferung, Transport an den AG vorab zu kalkulieren und pauschal einzupreisen.

Es ist der pauschale monatliche Angebotspreis (!) - verbindliche mtl. Einzelpauschale- für anteilige Kosten zur Dauerbevorratung (ohne Stückkosten für die Kuverts) - anzugeben.

Für weitere Details Hinweis auf die gesonderte losbezogene Anlage "

Rahmenvereinbarung"

Nachträgliche Preisanpassungen sind hierzu ausgeschlossen.

---

<b>3</b>	<b>Liefer- und Transportkosten</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>Pauschale(n)</b>	..... pro 1,00 Pauschale(n)	.....
Nur bei Abrufmengen, die nicht volle Millionen Stück umfassen, werden Liefer- und Frachtkosten nach der angebotenen Pauschale gesondert abgerechnet und vergütet.						
Angabe der pauschalen Einzelpauschale für Liefer- und Transportkosten pro Abruf						

---

#### ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

## EIGNUNGSKRITERIEN

<b>1</b>	<b>statistische Angaben</b> Gewichtung: 0,00%
<b>1.1</b>	<b>Unternehmensgröße [Mussangabe]</b> Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu Ihre Unternehmensgrößenklasse an. Nähere Informationen, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen erfüllt, finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen Benutzerleitfaden zur Definition von KMU. Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.  <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen (0) <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen (0) <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen (0) <input type="checkbox"/> Großunternehmen (0)  <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>2</b>	<b>Ausschlussgründe nach den §§ 123, 124 GWB</b> Gewichtung: 0,00%
<b>2.1</b>	<b>Hinweis</b> Hinweis: Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.  <b>2.2</b> <b>Ausschlussgründe nach § 123 GWB</b>  Ausschlusskriterium Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen nach §123 GWB?  <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein  <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>2.3</b>	<b>Ausschluss nach § 124 GWB</b>  Ausschlusskriterium Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB, die zum Ausschluss führen?  <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein  <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>3</b>	<b>Eigenerklärung</b> Gewichtung: 0,00%
<b>3.1</b>	<b>Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]</b>  Ausschlusskriterium Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.  <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein  <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>3.2</b>	<b>Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften</b> Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.  (Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 3.3 Bestätigung der Kenntnisnahme RUS [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung zu russischen Unternehmen habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 3.4 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.  
Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.  
Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

## 4 Angaben Wettbewerbsregister

Gewichtung: 0,00%

### 4.1 Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister

Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.

### 4.2 Name des Unternehmens [Mussangabe]

Name des Unternehmens:

### 4.3 Postanschrift

Gewichtung: 0,00%

#### 4.3.1 Sitz des Unternehmens [Mussangabe]

Sitz des Unternehmens / der Firma:

#### 4.3.2 Straße [Mussangabe]

Straße:

#### 4.3.3 Hausnummer [Mussangabe]

Hausnummer:

#### 4.3.4 Postleitzahl [Mussangabe]

Postleitzahl:

Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!

#### 4.3.5 Ort [Mussangabe]

Ort:

#### 4.3.6 Land [Mussangabe]

In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?

### 4.4 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Natürliche Person (0)
- ☐ AG (0)
- ☐ AG (England) (0)
- ☐ AG (Schottland) (0)
- ☐ AG (Schweiz) (0)
- ☐ AG & Co. KG (0)
- ☐ AG & Co. KG i. L. (0)
- ☐ AG & Co. oHG (0)
- ☐ AG & Co. oHG i. L. (0)
- ☐ AG i. Gr. (0)
- ☐ AG i. L. (0)
- ☐ AöR (0)

☐ BV (0)  
☐ Corp. (0)  
☐ e.K. (0)  
☐ e.V. (0)  
☐ e.V. i. L. (0)  
☐ eG (0)  
☐ eG i. Gr. (0)  
☐ eG i. L. (0)  
☐ eGbR (0)  
☐ Einzelunternehmer (0)  
☐ EWIV (0)  
☐ GbR (0)  
☐ gGmbH (0)  
☐ GmbH (0)  
☐ GmbH (Österreich) (0)  
☐ GmbH (Schweiz) (0)  
☐ GmbH & Co. KG (0)  
☐ GmbH & Co. KG i. L. (0)  
☐ GmbH & Co. OHG (0)  
☐ GmbH & Co. OHG i. L. (0)  
☐ GmbH i. Gr. (0)  
☐ GmbH i. L. (0)  
☐ Inc. (0)  
☐ KG (0)  
☐ KG i. L. (0)  
☐ KGaA (0)  
☐ KöR (0)  
☐ LLP (0)  
☐ Ltd. (0)  
☐ n.e.V. (0)  
☐ NV (0)  
☐ OHG (0)  
☐ OHG i. L. (0)  
☐ Oy (0)  
☐ PartG (0)  
☐ PartG i. L. (0)  
☐ PartGmbH (0)  
☐ S.L. (0)  
☐ SA (0)  
☐ SARL (0)  
☐ SE (0)  
☐ SNC (0)  
☐ sp. z.o.o. (0)  
☐ SpA (0)  
☐ SRL (0)  
☐ Stiftung & Co. KG (0)  
☐ Stiftung & Co. KG i. L. (0)  
☐ Stiftung & Co. OHG (0)  
☐ Stiftung & Co. OHG i. L. (0)  
☐ Stiftung bR (0)  
☐ Stiftung öR (0)  
☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)  
☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)  
☐ VEB (0)  
☐ VVaG (0)  
☐ WEG (0)  
☐ Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 4.5 Registerangaben

Gewichtung: 0,00%

### 4.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)  
☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)  
☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 4.5.2 Inländisches Register

Gewichtung: 0,00%

#### 4.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

#### 4.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ HRA (0)  
☐ HRB (0)

- ☐ GnR (0)
- ☐ GsR (0)
- ☐ PR (0)
- ☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 4.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

#### 4.5.3 Ausländisches Register

Gewichtung: 0,00%

##### 4.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

##### 4.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

##### 4.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

#### 4.5.4 Keine Registerangabe

Gewichtung: 0,00%

##### 4.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

##### 4.5.4.2 Einzelunternehmer

Gewichtung: 0,00%

###### 4.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

###### 4.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

##### 4.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

#### 4.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

#### 5 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

Gewichtung: 0,00%

##### 5.1 Eigenerklärung Unterauftragsnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2026CLA000003 - Fensterkuverts für das Druck- und Versandzentrum

---

## LEISTUNGSKRITERIEN

### 1 Leistungsfähigkeit [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Auftragnehmer (AN) versichert, dass er die geforderten Leistungen mit den vorhandenen technischen und personellen Kapazitäten umfassend und fristgerecht ausführen und erledigen kann.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2 Mindestanforderungen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der AN sichert zu, dass er alle Mindestanforderungen zur Kenntnis genommen hat, alle Mindestanforderungen erfüllt werden und die angebotenen Kuverts der vorgegebenen Leistungsbeschreibung entspricht.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 3 Geheimhaltungsvereinbarung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Kenntnisnahme und Einhaltung der als gesonderte Anlage beiliegenden Geheimhaltungsvereinbarung werden bestätigt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 4 Ansprechpartner [Mussangabe]

Für die gesamte Vertragslaufzeit ist für fachliche und vertragliche Fragen ein Ansprechpartner mit Kontaktdaten anzugeben (Tel.Nr., E-Mail-Adresse, Erreichbarkeitszeiten).

### 5 Hinweise zum Kuvertiertest

Nach Auswertung der Angebote wird der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu einem einwöchigen Kuvertiertest im laufenden Betrieb des AG mit den vorhandenen Druck- und Kuvertiermaschinen aufgefordert.

Dazu sind 1 Mio. Stück Kuverts bereitzustellen.

Die zur Verfügung zu stehenden Kuverts werden zum jeweiligen Angebotspreis gegen Rechnungsstellung vergütet.

Liefert der Bieter, trotz Aufforderung nicht, nicht wie gefordert oder nicht fristgerecht, wird er vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Teststellung besteht seitens des Bieters nicht.

Der einwöchige Druck- und Kuvertiertest muss erfolgreich abgeschlossen werden, andernfalls erfolgt ein Ausschluss des Angebotes.

### 6 Kuvertiertest

Ausschlusskriterium

Der einwöchige Test mit 1 Mio. Kuverts erfolgte im laufenden Betrieb des Druck-, Versand und Logistikzentrums ohne Störungen.

- Der Wert wird nach der Teststellung durch das LfSt ergänzt. -

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar



Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------